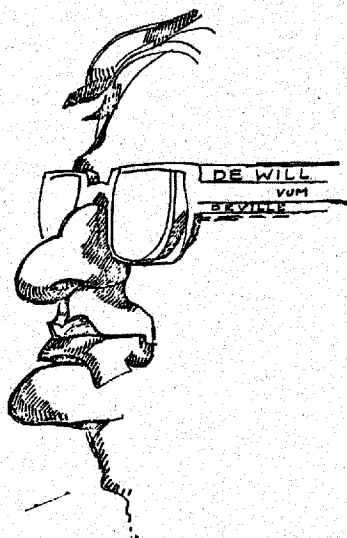


Wohnungsbeschaffung - sozial oder asozial?



f: Wir wissen, daß Sie in der Vergangenheit eine Menge Erfahrung im sozialen Wohnungsbau sammeln konnten und ...

W.E.: Ich habe rund 180 sogenannte Sozialwohnungen gebaut

f: ... den bestehenden Gesetzen über sozialen Wohnungsbau in Luxemburg sehr kritisch gegenüberstehen. Was ist für Sie sozial?

W.E.: Als Planer hat das Wort "sozial" neben dem Begriff "preisgünstig für weniger Bemittelte" für mich auch die Bedeutung "soziale Integration", d.h. wir sollen Siedlungen bauen mit Wohnungen für alle Einkommenschichten und alle Altersklassen.

f: Was heißen "Einkommenschichten" und "Altersklassen"?

W.E.: Ein reicher Mann soll nicht abgesondert von den weniger Reichen wohnen, damit durch Nachbarschaft die Integration aller Bevölkerungsteile erhalten bleibt und so zu einem friedlicheren und weniger spannungsgeladenen Dasein führt.
Ein junges Ehepaar ohne Kinder gehört in ein Wohnviertel genauso wie ein älteres Ehepaar, dessen Kinder schon weg sind, oder Verwitwete ohne Anhang; und alle Gruppen gehören in dieselben Wohnviertel mit den Ehepaaren mit Kindern. Ein wohldurchdachtes urbanistisches Konzept schlüsselt die Anteile in etwa auf.

Die Aufschlüsselung ließe sich durch günstige Mietwohnungen ohne zu große Schwierigkeiten erreichen.

f: Sie verstehen also unter sozialem Wohnungsbau ein soziologisches Konzept ...

W.E.: Nicht in erster Linie ...

f: ... und dann erst den Begriff preisgünstig für Minderbemittelte.

W.E.: In erster Linie kommt für mich selbstverständlich die soziale Wohnung für den Minderbemittelten in Frage.

Die "soziale Wohnung" ist eine normale Wohnung unserer Industriegesellschaft, die der Minderbemittelte nicht auf dem freien

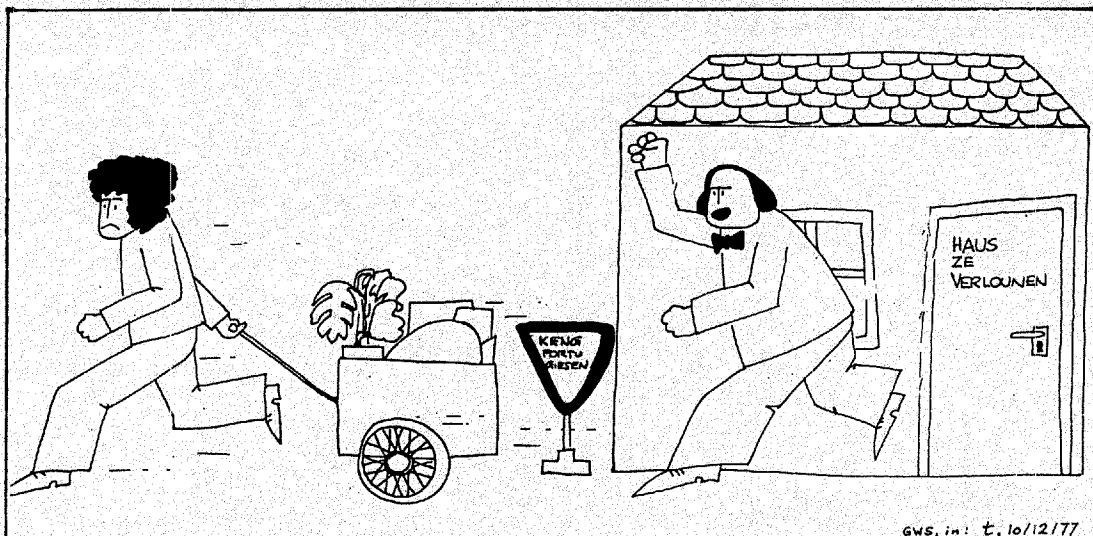
Markt im Verhältnis zu seinem Einkommen zu mieten bekommt. Für mich ist also sozialer Wohnungsbau in erster Linie "Mietwohnungsbau". Im Gesetz ist er das erst in fünfter Linie, während in erster Linie hier Schaffung von Eigentum für Leute mit "bescheidenem" Einkommen ist. Es müßte umgekehrt sein. Sehen Sie mal nach, was Bescheidenheit in Luxemburg heißt! Trotzdem bekämen diese Leute kein Eigenheim, wenn sie nicht schon bemittelt wären und dadurch wird der "soziale" Aspekt in einem gewissen Maß illusioniert.

f: Was meinen Sie mit der sozialen Illusion?

W.E.: Ganz einfach, daß die Gruppen die von unseren Gesetzen für sozialen Wohnungsbau profitieren zu einem sehr hohen Prozentsatz Vermögensbildung auf Kosten der Allgemeinheit betreiben. Ich habe leider keine Statistik geführt, aber in den meisten Fällen erwartet die "Sozial-Familie" ein Erbe und sehr oft stehen die Omis und Opas von beiden Seiten Pate, wenn es gilt durch eine garantierte Anleihe die Subsidien vom Staat einzukassieren. Es handelt sich also meistens um Leute, die auch ohne die Staatshilfe zu einem Eigenheim gekommen wären, nur etwas später und unter etwas mehr Verzicht auf Konsum. Damit sind diese Gelder für echte Sozialfälle verloren und echte Sozialfälle sind vorerst diejenigen, deren Familiensituation und Einkommen keine Vermögensbildung erlauben.

Besuchen Sie einmal solch subventionierte Sozialwohnungen 3 bis 5 Jahre nach dem Einzug, d.h. nach dem kurzfristigen finanziellen Engpaß. Fast wären alle "Plättcher" aus Gold! Für mich gilt, daß Mietwohnungen in öffentlicher Hand oder öffentlich kontrolliert, absoluten Vorrang haben müssen und Vermögensbildung vorwiegend Privatsache sein soll.





f: Ist Ihr Konzept nicht etwas zu "sozialistisch"?

W.E.: Sozialistisch und sozial sind eng verwandte Worte. Mein Konzept ist noch eher "kapitalistisch", weil die Allgemeinheit meiner Ansicht nach nur bereit ist etwas zu verschenken, wenn die Notwendigkeit erwiesen ist. Das allgemeine Wohlbefinden aller Bevölkerungsgruppen, und dazu gehört in erster Linie das Wohnen, muß in einer nicht zu großen Bandbreite liegen, um Spannungen innerhalb der Wohnbevölkerung zu vermeiden. Allerdings braucht man erarbeitetes politisches Konzept, was einerseits den Realitäten entspricht und andererseits eine "Chance" hat von einem genügend großen Teil der Wahlbevölkerung getragen zu werden. Zu idealistische Konzepte beschränken sich auf den Text im Gesetz und es kommt wie bei vielen unserer Gesetze nicht zur Tat.

f: Wie unterscheiden Sie den echten Sozialfall vom scheinbaren Sozialfall?

W.E.: Das schält sich automatisch von selbst heraus. Der Scheinsozialfall beginnt bei den Bomis und Bopis, die mitkommen, um das Haus zu kaufen und das Geld zu garantieren; man sieht's sofort an den Ansprüchen, die weit über der Wohnungsnot liegen. Das Haus wird wie ein Konsumgut begutachtet und gekauft, wird aber als fester Hintergrund, als Vermögen für die Familie betrachtet. Beim echten Sozialfall ist das "in eine Wohnung kommen" und "das Geld gerade noch irgendwie zusammenzutragen" klar ersichtlich. Sehr oft sind die Kleinkinder bei den Verhandlungen dabei, weil niemand da ist, um sie zu hüten.

f: Und die Unterprivilegierten, die das Minimum nicht zusammenbekommen, um von den Staatshilfen zu profitieren?

W.E.: Diese Leute haben recht wenig Möglichkeiten an eine familiengerechte Wohnung zu kommen, weil viele echte Sozialfälle sind, d.h. daß sie am Rande unserer rastlosen Konsumgesellschaft leben, schwer darin zurechtzukommen und daher auch politisch kaum zuverlässige Wähler ergeben. Darum ist es schwer zu helfen und die "prise de conscience", die in unseren Parteien für dieses Problem notwendig ist, wird sicherlich nicht mit einer gelegentlichen Erhöhung der Einkommensgrenzen erreicht.

f: Sie geben den Dingen einen sehr politischen Aspekt!

W.E.: Nach meiner Erfahrung muß man. Ich habe festgestellt, daß politische Neutralität, wenn es um Lösungen unserer Probleme geht, nichts bringt, weil Entscheidungen nur in einem politischen Konsens getroffen werden können. Beim sozialen Wohnungsbau gilt das selbe. Das jetzige Gesetz ist das Beste, wenn es sich an Wählergruppen wendet; schlecht, wenn es um echte Sozialfälle geht.

f: Ein neues Gesetz?

W.E.: Jein; erst muß das Problem innerhalb der Parteien neu aufgerollt werden; einmal die Probleme ins richtige Lot gerückt und die sogenannte soziale Reihenfolge, wie es für ein friedliches Miteinander notwendig ist, neu aufgestellt, genügt es sicher die bestehende Gesetze zu entstauben und umzugruppieren.

f: "Mir soen Tech Merci".

BITTERE KONSEQUENZ

Es geht die Rede
Dass Hunden in unseren Häusern
Mehr Raum zur Verfügung stehe
Als Kindern
Es ist gefährlich
Diesen Gegensatz
Zur politischen Anklage
Zu erheben
Denn wir sind
Durchaus in der Lage
Kinder in Hundezwinger zu sperren
Um ihnen die angemessene
Bewegungsfreiheit
Zu verschaffen

Guy Rewenig
(Auf dem Leben steht Todesstrafe)

Dieses "forum"-Dossier entstand in Zusammenarbeit mit der Association des Assistantes d'hygiène sociale, Assistantes sociales et Infirmières hospitalières graduées sowie Interactions Faubourgs. Die Redaktion bedankt sich namentlich bei Arthur Anthony, Robert Conrad, Will Erpelding, Roger Faber, Claude A. Hemmer, Ginette Jones, Letty Reichling, André Reuter für ihre Mithilfe.